

Presseinformation

Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V.

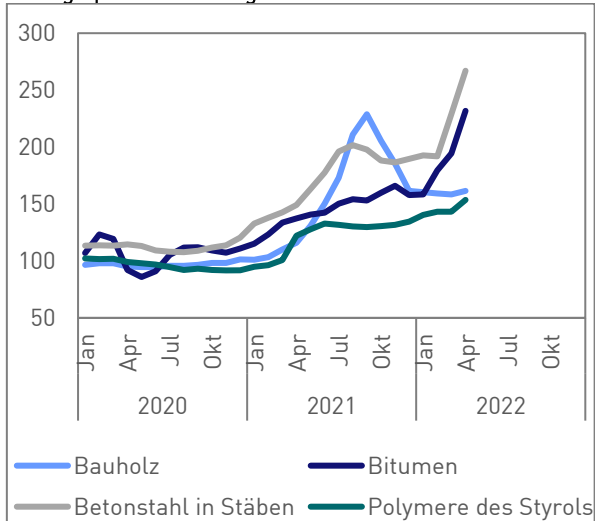
21. Juni 2022

bbs erwartet Abschwächung der Baukonjunktur

Die deutsche Wirtschaft hat sich nach dem starken Corona-bedingten Einbruch im Jahr 2020 (BIP 2020/19: -4,6%) im letzten Jahr nur leicht erholt (+2,9%). Auch 2022 bleibt der noch zu Beginn dieses Jahres erwartete deutliche Aufschwung aus. Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat sich die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland deutlich verschlechtert. Die führenden Institute haben ihre jeweiligen Prognosen teilweise erheblich nach unten revidiert. Die im Mai und Juni 2022 veröffentlichten Berichte gehen von einem BIP-Wachstum von real 1,5 bis 2,5% in diesem Jahr aus. Fehlende Vorprodukte, die Unsicherheit bei Energielieferungen und stark steigende Preise trüben die Aussichten sowohl auf Produzenten- als auch Verbraucherseite. Auch im Bau hat sich die Stimmung abgekühlt. Zwar sind die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe und die Baugenehmigungen auch aufgrund von Basiseffekten noch aufwärtsgerichtet. Angesichts fehlender Planbarkeit von Investitionen und verschlechterter Finanzierungsbedingungen ist allerdings im weiteren Jahresverlauf mit einer Abschwächung der Baukonjunktur zu rechnen. Dies wird sich zunehmend auch in der Baustoff-Steine-Erden-Industrie bemerkbar machen.

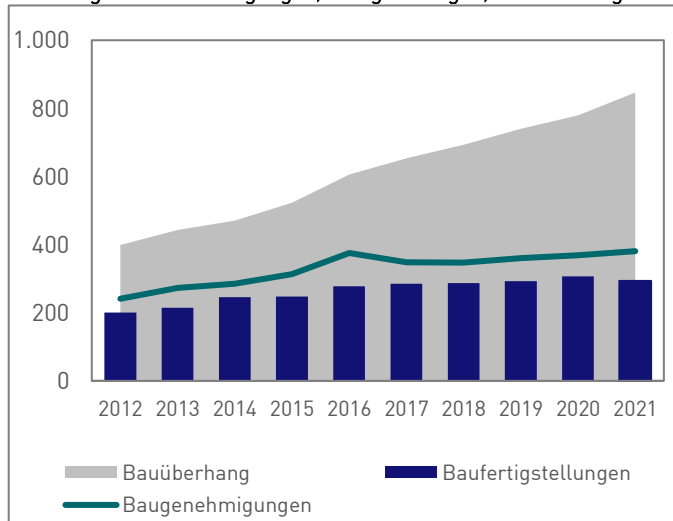
Bereits im letzten Jahr wirkten sich Materialengpässe und deutliche Preissteigerungen bei bestimmten Baustoffen wie Holz, Stahl und Bitumen negativ auf das Wachstum im Bau aus. Die Bauinvestitionen stagnierten im Vergleich zum Vorjahr (real ±0%). Stabilisierend wirkte der Wohnungsbau (2021/20: real +0,7%); die Investitionen in den öffentlichen (-1,4%) und gewerblichen Bau (-0,8%) gingen jeweils zurück.

Erzeugerpreisentwicklung* bei bestimmten Baumaterialien



* Indizes (2015 = 100); Quelle: Statistisches Bundesamt

Wohnungsbau: Genehmigungen, Fertigstellungen, Bauüberhang*

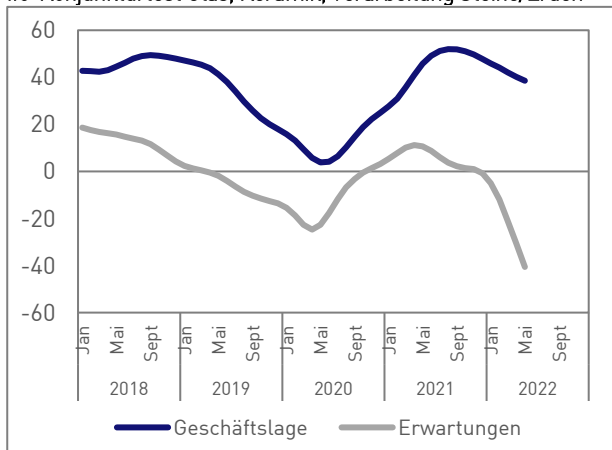


* in 1.000 Wohnungen; Quelle: Statistisches Bundesamt

Erwartungen für 2022 eingetrübt

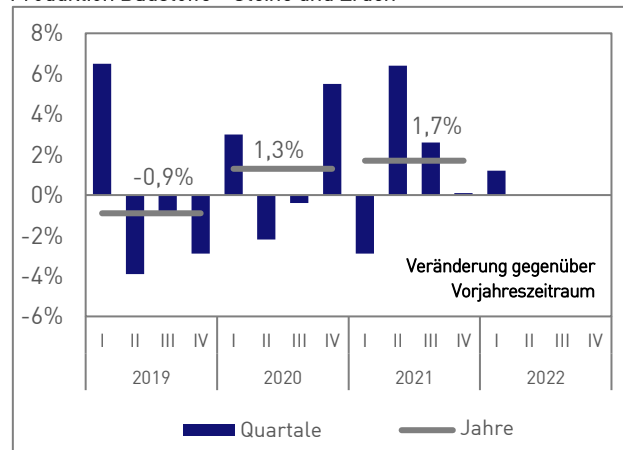
Im ersten Quartal 2022 stützen die Bauinvestitionen das Wirtschaftswachstum. Bedingt durch eine milde Witterung zu Beginn des Jahres nahmen sie im Vergleich zum Vorjahr real um 2,2% zu. Diese Entwicklung wird sich jedoch – trotz des hohen Baubedarfs – voraussichtlich nicht fortsetzen. Sowohl im Wohnungsbau als auch im Nichtwohnbau dürfte die Nachfrage der Investoren angesichts der drastischen Baupreissteigerungen und des stark gestiegenen Zinsniveaus zurückgehen. Die Entwicklung macht Projekte teilweise unkalkulierbar. Der bbs rechnet mit einer verringerten Wachstumsdynamik bei allen Bausegmenten; insofern sind die Aussichten für den Bau insgesamt verhalten. Die künftige Entwicklung hängt insbesondere von der Normalisierung der Lieferketten und stabilen politischen Rahmenbedingungen ab. Ein ähnliches Bild zeichnet sich bei der Baustoff-Steine-Erden-Industrie ab: Die Produktion konnte im ersten Quartal 2022 ebenfalls zulegen; die Geschäftserwartungen haben sich jedoch mit dem Beginn des Ukraine-Kriegs drastisch verschlechtert. Angebotsseitig bestehen die größten Risiken in der unsicheren Energieversorgung und den fragilen Lieferketten. Die Erwartungen für den weiteren Jahresverlauf sind höchst unsicher. Der bbs geht bei der realen Produktion aus heutiger Sicht von einer Stagnation gegenüber dem Vorjahr aus.

ifo-Konjunkturtest Glas, Keramik, Verarbeitung Steine/Erden



Quelle: ifo-Institut

Produktion Baustoffe – Steine und Erden*



* Index (real; 2015=100); 1. Vj. 2022: Jan.– April; Quelle: Statistisches Bundesamt

Forderungen an die Baupolitik

Im Spannungsfeld der gestiegenen Baupreise und Bauzinsen sind stabile politische Rahmenbedingungen besonders wichtig. Das Ziel der Bundesregierung jährlich 400.000 Wohnungen neu zu bauen, ist sehr zu begrüßen, erscheint aufgrund der aktuellen Probleme allerdings äußerst ambitioniert. Angesichts der abrupten Einstellung der EH55-/EH40-Neubauförderung zu Beginn des Jahres ist zeitnah eine verlässliche, technologieoffene Förderkulisse notwendig. Um dem Ziel der Bundesregierung näher zu kommen, sind darüber hinaus weitere Maßnahmen erforderlich: von der sozialen Wohnraumförderung über die Verbesserung der Abschreibungsbedingungen im Mietwohnungsbau bis hin zur Mobilisierung von Bauland und der Vereinfachung des Baurechts. Letztlich müssen die Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau verlässlich sein, damit Bauunternehmen ihre Kapazitäten weiter erhöhen und so auch zur Abtragung des hohen aufgelaufenen Bauüberhangs von mehr als 800.000 Wohnungen beitragen. Eine weitere große Herausforderung besteht in der Dekarbonisierung des Gebäudesektors, d.h. die Senkung der CO₂-Emissionen in diesem Bereich bis 2045 auf null. Dies ist nur erreichbar, wenn die Gebäude energetisch so modernisiert sind, dass sie effizient mit erneuerbaren Energien beheizt werden können. Hier sind über die bereits erfolgten Verbesserungen der Förderanreize hinaus weitere Schritte notwendig. Von großer Bedeutung für die gesamte Volkswirtschaft ist darüber hinaus die Ertüchtigung der Verkehrsinfrastruktur. Die geplante deutliche Ausweitung der Investitionen etwa in Autobahnbrücken und Bahnstrecken ist angesichts des erheblichen Nachholbedarfs dringend erforderlich. Hierfür ist die im Koalitionsvertrag vorgesehene Halbierung der Dauer von Planungs- und Genehmigungsverfahren eine zentrale Voraussetzung.

Der Bundesverband Baustoffe - Steine und Erden e.V. vertritt als Dachverband die wirtschaftspolitischen Interessen der mineralischen Roh- und Baustoffindustrie in Deutschland. Die Branche erwirtschaftet mit 150.000 Beschäftigten einen Jahresumsatz von rund 39 Milliarden Euro.